BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

WIE WIR ALLE GUT AUF DER ERDE LEBEN KÖNNEN

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen

1 Keine Armut

2 Kein Hunger

3 Gesundheit und Wohlergehen

4 Hochwertige Bildung

5 Geschlechtergleichstellung

6 Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

7 Bezahlbare und saubere Energie

8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

9 Industrie, Innovation und Infrastruktur

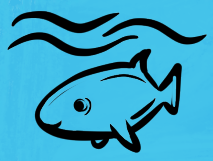
10 Weniger Ungleichheiten

11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

13 Maßnahmen zum Klimaschutz

14 Leben unter Wasser



15 Leben an Land

16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

17 ZIELE

DIE WELTGEMEINSCHAFT HAT EIN VERSPRECHEN ABGEGEBEN

Eine Welt ohne Hunger und Armut. Ein gesundes Leben für alle, Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen, weniger Ungleichheit. Und: mehr Klimaschutz, eine deutliche Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, ein Stopp des Artensterbens. Insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) 2015 beschlossen. Sie gelten weltweit, sollen bis 2030 erfüllt werden und ein friedliches Zusammenleben auf der Erde sichern – innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen. Alle Staaten haben sich verpflichtet, sie umzusetzen. Auch Deutschland.

Eine große Chance: Die Ziele berücksichtigen den Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt genauso wie die soziale Gerechtigkeit. Das ist folgerichtig, denn die Querverbindungen sind unübersehbar. So verschärft die Klimakrise mit Dürren und Überschwemmungen die Hungersnot südlich der Sahara oder in Südasien.

DRINGEND APPELLIEREN DIE UN AN ALLE STAATEN, SICH FÜR DIE NACHHALTIGKEITSZIELE EINZUSETZEN.

Wenige Jahre bleiben, um die Ziele zu erreichen. Und etliche Trends weisen in die falsche Richtung. So stellte der erste globale Nachhaltigkeitsbericht der UN im September 2019 fest: Die Zahl der hungernden Menschen steigt, die soziale Ungleichheit wächst. Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt schreiten ungebremst voran. Dringend appellieren die UN deshalb an alle Staaten, sich für die Nachhaltigkeitsziele einzusetzen. Was auch und gerade für uns Deutsche bedeutet: unsere Wirtschafts- und Lebensweise drastisch zu verändern.

In diesem Punkt sind die SDGs kritisch zu betrachten. So steht das SDG 8 eines „dauerhaften nachhaltigen Wirtschaftswachstums“ zumindest für die Industrieländer im Widerspruch zu den Zielen insgesamt. Drei Erden wären schon heute nötig, würden alle Menschen so leben und so viel verbrauchen wie wir. Wir in Deutschland müssen unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern und unseren CO_2-Ausstoß senken. Mit einem ungebremsten Wirtschaftswachstum ist das nicht vereinbar.

Geboten ist vielmehr ein grundlegender Wandel unserer Produktions- und Lebensweise, was vor allem heißt: weniger! Weniger Energie- und Rohstoffverbrauch, weniger Müll, weniger Bodenversiegelung, weniger industrielle Landwirtschaft.

In diesem Flyer zeigen wir an den Beispielen Klimaschutz, Landwirtschaft und Konsum, wo Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit steht. Und wir stellen dar, wie sich unsere Art zu wirtschaften und zu leben auf die restliche Welt auswirkt. Deutlich wird, dass ein „Weiter so wie bisher“ nicht möglich ist, wenn wir unsere Lebensgrundlagen und die künftiger Generationen bewahren wollen – jetzt, hier und weltweit.

KLIMA SCHÜTZEN

SCHÄDLICHE SUBVENTIONEN STREICHEN, KLIMASCHUTZ SOZIAL GESTALTEN

Die Industrienationen müssen ihre Produktion und ihren Konsum drastisch ändern und reduzieren, um für alle Menschen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Dazu gehört, den Einsatz von Kohle, Öl und Gas deutlich zu verringern und umweltschädliche Subventionen für fossile Energien zu streichen. Im SDG 13 fordern die UN alle Staaten auf, geeignete Schritte für den Klimaschutz zu ergreifen.

DEUTSCHLAND IST MIT ÜBER 800 MILLIONEN TONNEN CO_2 PRO JAHR DER SECHSTGRÖSSTE TREIBHAUSGAS-VERURSACHER DER WELT.

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen: Die deutschen Klimaziele sind dafür allerdings viel zu schwach gesetzt und werden trotzdem nicht annähernd erreicht. Das deutsche Vorzeigeprojekt, die Energiewende, wird derzeit komplett ausgebremst. Zugleich verschwendet die Bundesregierung jährlich über 57 Milliarden Euro Steuergelder für umwelt- und klimaschädliche Subventionen. Dazu gehören Vergünstigungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen und die Kerosinsteuerbefreiung.

Zugleich entstehen mit der Verbrennung fossiler Energieträger enorme Kosten. Diese trägt die Allgemeinheit. Hierzu zählen etwa die Kosten für klimabedingte Ernteausfälle durch Dürren oder für Hochwasserschäden. Kohlekraftwerke verursachen zudem gravierende Gesundheitsschäden. Schwefeldioxide, Stickstoffdioxide und Feinstaub entstehen beim Verbrennen der Kohle und gelangen in die Außenluft. Sie verursachen Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen – die Kosten belaufen sich allein in Deutschland auf bis zu sechseinhalb Milliarden Euro pro Jahr.

Die von Deutschland maßgeblich mitverschuldete Klimakrise untergräbt darüber hinaus andere Nachhaltigkeitsziele der UN. Vermehrt auftretende Dürren, Wüstenbildungen und Überschwemmungen verschärfen die Armut und den Hunger in der Welt. Mit der Klimakrise geht ein dramatischer Verlust der biologischen Vielfalt einher. Positiv formuliert: Weniger Armut und Hunger, einen Stopp des Artensterbens und auch ein dauerhaft friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten (SDG 16) werden wir nur erreichen, wenn wir die Klimakrise lösen.

UMWELTSCHÄDLICHE SUBVENTIONEN:
ÜBER 57 MILLIARDEN EURO/JAHR

WAS FORDERT DER BUND?

Die Bundesregierung muss – wie es die UN fordern – eine Transformation im Energie-, Gebäude- und Verkehrssektor einleiten, ebenso wie in der Industrie und Landwirtschaft. Wir brauchen ein Ende aller umwelt- und klimaschädlichen Subventionen, die sofortige Stilllegung der schmutzigsten Kohlemeiler und den Kohleausstieg bis spätestens 2030 in Deutschland. Unseren Energieverbrauch müssen wir drastisch verringern. Die Bundesregierung muss die Wind- und Sonnenenergie deutlich schneller naturverträglich ausbauen und den Abschied vom Verbrennungsmotor umgehend einleiten. CO_2 sollte mit mindestens 50 Euro pro Tonne bepreist und bis zum Jahr 2030 mit mindestens 180 bis 200 Euro berechnet werden. Über einen pro Kopf ausgezahlten Öko-Bonus sollen die Bürger*innen diese Kosten wieder zurückerstattet bekommen.

MEHR ZUR KLIMASCHUTZARBEIT DES BUND UNTER:
WWW.BUND.NET/KLIMAWANDEL

ARMUT UND HUNGER BEENDEN, ARTENVIELFALT RETTEN

WELTWEITE AUSWIRKUNGEN UNSERER AGRARPOLITIK VERRINGERN – AGRARWENDE UMSETZEN!

Die UN haben sich zum Ziel gesetzt, Armut und Hunger in der Welt bis zum Jahr 2030 zu beenden. Gleichzeitig soll das Artensterben aufgehalten werden (SDGs 1, 2 und 15). Mit ihrer Agrarpolitik untergräbt die Bundesregierung diese Ziele massiv.

Hierzulande werden sehr viele landwirtschaftliche Flächen industriell bewirtschaftet. Monokulturen sowie der hohe Einsatz von Pestiziden und künstlichen Düngemitteln treiben das Artensterben immer schneller voran. Zudem gibt es zu wenige Hecken oder Blühstreifen, Weiher oder Ackerrandstreifen – die letzten Schutzräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten in unserer Agrarlandschaft. Die Biomasse der Fluginsekten ist in Teilen Deutschlands seit 1990 über 75 Prozent gesunken. In derselben Zeit hat sich auch der Bestand zahlreicher Vogelarten deutlich verringert.

Unsere Art der Landwirtschaft gefährdet zudem die soziale Sicherheit und Ernährungssouveränität von Menschen weltweit. Im Jahr 2018 wurden in Deutschland rund 770 Millionen Rinder, Schweine, Hühner und andere Tiere geschlachtet. Soja ist mittlerweile ein zentraler Bestandteil des Futters für die intensive Tierhaltung und kommt überwiegend aus Südamerika. Nicht nur, dass dort Regenwälder für den Futtermittelanbau gerodet und damit wichtige Schutzräume der Artenvielfalt vernichtet werden. Der Sojaanbau verstärkt auch die Landkonzentration in den Händen weniger Landwirt*innen. Unzählige Kleinbäuerinnen und -bauern und ihre Familien verlieren ihre Lebensgrundlage, Menschen werden vertrieben. Flächen, auf denen einst Lebensmittel für die Region produziert wurden, fallen dem Soja-Exportboom zum Opfer, wodurch die Preise für Grundnahrungsmittel steigen.

Gerade einmal neun Prozent der landwirtschaftlichen Fläche werden in Deutschland ökologisch bewirtschaftet. Nur ein verschwindend geringer Anteil des Fleisches, das verkauft wird, stammt aus ökologischer und artgerechter Tierhaltung. Soja findet bei der Fütterung dieser Tiere deutlich weniger Verwendung. Ökolandbau verzichtet zudem auf schädliche Pestizide wie Glyphosat, auf Kunstdünger, bewahrt Blühflächen und schützt die Böden vor Erosion.

DIE INTENSIVE LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND BELASTET KLIMA, ARTENVIELFALT UND BÖDEN.

Obwohl die industrielle Landwirtschaft und der hohe Fleischkonsum nachweislich der biologischen Vielfalt schaden und die Armut und den Hunger außerhalb unseres Landes verschärfen, setzt sich Deutschland für ein „Weiter so“ auf EU-Ebene ein. 58 Milliarden Euro an Subventionen werden jedes Jahr mit der Gießkanne an die EU-Agrarbetriebe verteilt.

WAS FORDERT DER BUND?

Der BUND setzt sich dafür ein, dass Landwirt*innen nur öffentliche Gelder erhalten, wenn sie zusätzliche Leistungen im Klima-, Natur und Tierschutz erbringen. Die Tierbestände müssen bis 2050 halbiert und artgerecht gehalten werden. Der Ökolandbau ist bis 2030 auf 20 Prozent auszubauen. Dafür braucht es verbindliche gesetzliche Vorgaben und Fördermittel.

Eine Reduzierung unseres Fleischkonsums würde (neben den positiven Effekten für das Klima, die Natur und Gesundheit) enorme Ackerlandflächen freisetzen und zur Ernährungssicherung von Menschen im globalen Süden beitragen.

MEHR ZUR AGRARPOLITISCHEN ARBEIT DES BUND UNTER: WWW.BUND.NET/LANDWIRTSCHAFT

NACHHALTIG PRODUZIEREN UND KONSUMIEREN

FÜR EINE UMWELTVERTRÄGLICHE CHEMIKALIENPOLITIK UND WENIGER MÜLL

Die Schere zwischen dem Ressourcenverbrauch und dem, was die Erde uns an Ressourcen bereitstellen kann, klafft immer weiter auseinander. Im Jahr 2030 würde die Weltbevölkerung zwei komplette Erden benötigen, wenn wir weiter so wirtschaften wie bisher. Die UN fordern deshalb „nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“ einzuführen (SDG 12).

Auch die Chemikalienpolitik braucht angesichts der stetig zunehmenden Produktion und Verbreitung gefährlicher Stoffe und Abfälle einen globalen Ansatz: für eine ökologische Stoffpolitik, die unseren Planeten nicht überlastet. Wir müssen Energie und Ressourcen effizient nutzen, Stoffkreisläufe schließen und den Verbrauch von Chemikalien und Produkten massiv senken.

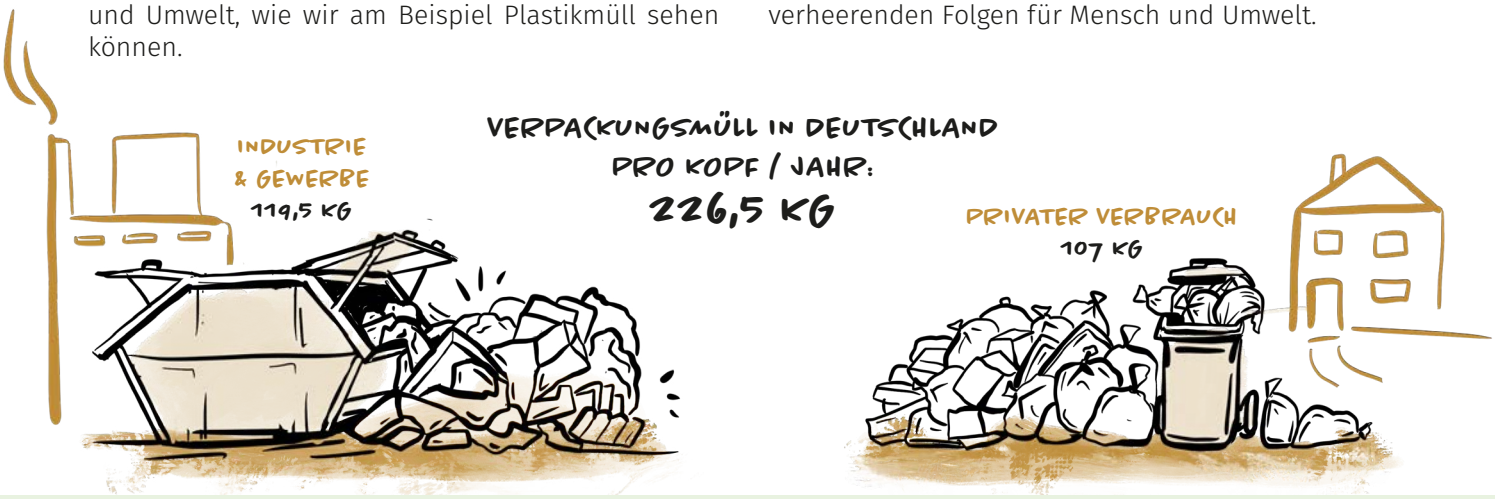
Gefährliche Chemikalien aus der Industrie sind inzwischen überall: in der Arktis, den Regenwäldern, in Tiefseegräben, im Grundwasser – und in unseren Körpern. Wie Klimakrise und Artensterben gefährden sie das ökologische Gleichgewicht des Planeten. Und weiter: Der Energiebedarf, um Chemikalien herzustellen, ist hoch und verschärft damit die Klimakrise. Langlebige und giftige Chemikalien und Stoffe gefährden die biologische Vielfalt. Besonders die Langlebigkeit führt zu irreversiblen Schäden bei Mensch und Umwelt, wie wir am Beispiel Plastikmüll sehen können.

DEUTSCHLAND IST EINER DER GRÖSSTEN STANDORTE FÜR PLASTIKPRODUKTION UND DER DRITTGRÖSSTE EXPORTEUR VON PLASTIKMÜLL.

Lange wähnte sich Deutschland als Recycling-Weltmeister. Doch nur etwa ein Drittel unseres Plastikmülls wird tatsächlich dem Recycling zugeführt. Und dabei gilt Plastik bereits als recycelt, wenn es ins Ausland exportiert wird. Vor Ort, zum Beispiel in den Ländern Südostasiens, hat dies gravierende ökologische, soziale und gesundheitliche Folgen. Die nötige Infrastruktur zur Bewältigung unserer Müllberge gibt es dort nicht: Der Müll wird häufig unkontrolliert verbrannt oder landet auf Deponien und in der Umwelt.

Ein weiterer Negativrekord: 23 Kilo Elektroschrott fallen in Deutschland pro Kopf und Jahr an: mehr als in den USA und viermal so viel wie in China. Ob Computer, Fernseher, Smartphone oder Waschmaschine – sie alle enthalten wertvolle Rohstoffe wie Aluminium, Kupfer oder seltene Erden. Aber auch Schadstoffe wie Quecksilber, Blei und Cadmium. Jedes Jahr exportieren deutsche Unternehmen Hunderttausende Tonnen Elektroschrott illegal nach Südostasien. Mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt.

VERPACKUNGSMÜLL IN DEUTSCHLAND PRO KOPF / JAHR: 226,5 KG



WAS FORDERT DER BUND?

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Vermeidung bei Verpackungen absoluten Vorrang hat; und wir brauchen ein weitgehendes Verbot von Einweg- und Wegwerfprodukten. Kunststoffprodukte müssen leicht zu recyceln sein. Plastik darf keine gefährlichen Chemikalien enthalten. In Europa muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die EU ihre Strategie für eine giftfreie Umwelt im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft umsetzt.

Der BUND kämpft zudem für Gesetze und Richtlinien, die Geräte langlebig, reparaturfreundlich und recyclingfähig machen. Sie dürfen auch keine gefährlichen Stoffe mehr enthalten, die weltweit geächtet oder in der EU verboten sind. Hersteller müssen über alle gefährlichen Inhaltsstoffe informieren. Und: Elektroschrott muss als gefährlicher Abfall mit einem weltweiten Exportverbot belegt werden.

MEHR INFORMATIONEN UNTER:
WWW.BUND.NET/CHEMIE

WOHLSTAND STATT WACHSTUM

FÜR DIE UMWELT UND KÜNFTIGE GENERATIONEN

Um die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN zu erreichen, ist ein großer Wandel nötig: wirtschaftlich, ökologisch und sozial. Diesen Wandel können wir nur gemeinsam meistern. Wir alle sind aufgerufen zu handeln: die Zivilgesellschaft, die Bundesregierung, Unternehmen, die Wissenschaft, Städte und Gemeinden.

Wir müssen den Verbrauch von Ressourcen wie Energie, Material oder Boden deutlich verringern – und die Politik muss den geeigneten Rahmen dafür schaffen. Dabei gehen für den BUND soziale Gerechtigkeit und Umweltpolitik Hand in Hand: Es gilt, den Klimaschutz, die Verkehrs- und Agrarwende sozial zu gestalten, Kosten fair zu verteilen und die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

Klimakrise, Artensterben und Ressourcenkrise sind eng miteinander verflochten – und ausgelöst durch entfesselte Märkte und ständiges Wirtschaftswachstum. Um die existenziellen Krisen unserer Zeit zu lösen, brauchen wir andere Ziele als die Anhäufung materiellen Wohlstandes. Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator hat ausgedient. Es gilt, vom „mehr, schneller, weiter“ für Einzelne hin zu einer Gesellschaft zu gelangen, die solidarisch und fürsorglich mit Mensch und Natur umgeht.

Diese Verbindungen herzustellen und politisch konsequent zu handeln – darin liegt ein Schlüssel für den Beitrag Deutschlands zur Erreichung der UN-Ziele. Nur so kann hier ein Leben gelingen, das nicht mehr auf Kosten kommender Generationen und der Menschen im globalen Süden geht.

Der BUND fordert die Bundesregierung und die Länder und Kommunen auf, sämtliche Gesetzesvorhaben und Maßnahmen künftig auf die Vereinbarkeit mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Das gilt besonders für die Auswirkungen unserer Politik auf die Menschen in anderen Teilen der Welt.

MACH MIT!

Der BUND wirbt auf Bundes- und Landesebene sowie vor Ort dafür, Schritte zu einem nachhaltigen Wirtschaften und Leben zu gehen. Wir organisieren Repair-Cafés, Nachbarschaftstreffen für ein plastikfreies Leben oder Exkursionen zu Biohöfen. Wir unterstützen Kommunen, die den Verbrauch von Ressourcen verringern wollen. Wir sind mit der Politik auf allen Ebenen im Gespräch und entwickeln mit Wissenschaftler*innen, mit anderen Verbänden und Initiativen Ideen, wie eine Wirtschaft befreit vom Wachstumszwang aussehen kann.

Machen Sie mit!
Engagieren Sie sich beim BUND!

Möglichkeiten dazu finden Sie hier:
www.bund.net/mitmachen

Mehr zu den UN-Nachhaltigkeitszielen:
www.bund.net/un-ziele

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Friends of the Earth Germany
Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin
Redaktion & Text: Almut Gaude, Luise Körner, Christine Wenzl
V.i.S.d.P.: Antje von Broock
Gestaltung: www.sarah-heuzeroth.de
Dezember 2019

FÖRDERHINWEIS

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium.
Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Umwelt Bundesamt